



Ausschuss für Europa und Internationales

2. Sitzung (öffentlich)

21. Oktober 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:05 Uhr bis 11:15 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|--|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| 1 Aussprache zu den politischen Schwerpunkten der Landesregierung in den Bereichen Europa, Internationales und Eine Welt in der 18. Wahlperiode | 6 |
| Vorlage 18/224 | |
| – Wortbeiträge | |
| 2 Missbrauch der EU-Freizügigkeit wirksam bekämpfen – Landesförderung für die Clearingstellen einstellen | 20 |
| Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/983 | |
| – Wortbeiträge | |

Der Ausschuss kommt vorbehaltlich des Beschlusses einer Sachverständigenanhörung im federführenden Ausschuss überein, sich nachrichtlich an dieser Sachverständigenanhörung zu beteiligen.

- 3 Schlussfolgerungen zur Prager Rede für Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1]*) **21**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/258
- Wortbeiträge
- 4 Schlussfolgerungen zur Rede „State of the Union“ für NRW** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **22**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/257
- Wortbeiträge
- 5 Wasserstoff: Wie kann die Landesregierung wichtige Industrieprojekte in Brüssel beschleunigen?** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*) **24**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/256
- Wortbeiträge
- 6 Was tut die Landesregierung, um die Ergebnisse der Konferenz über die Zukunft Europas in NRW aufzugreifen?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **25**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/259
- Wortbeiträge

Ausschuss für Europa und Internationales
2. Sitzung (öffentlich)

21.10.2022
sd-yö

7	Verschiedenes	27
	a) Sitzungstermine des AEI 2023 (s. Anlage 5)	27
	Der Ausschuss beschließt die Sitzungstermine 2023.	
	b) Haushaltsplanberatungen	27

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Vorsitzender Stefan Engstfeld** alle Ausschussmitglieder, Herrn Staatssekretär Dr. Mark Speich und die Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei. Ebenfalls begrüße er die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung. Er frage, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gebe. – Das sei nicht der Fall.

1 **Aussprache zu den politischen Schwerpunkten der Landesregierung in den Bereichen Europa, Internationales und Eine Welt in der 18. Wahlperiode**

Vorlage 18/224

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Der Minister hat in der vergangenen Sitzung mit der Einführung in die politischen Schwerpunkte der 18. Wahlperiode, die sogenannte Kleine Regierungserklärung, abgegeben. Ich hatte damals die Möglichkeit gegeben, sich spontan zu Wort zu melden. Die FDP-Fraktion hat damals davon Gebrauch gemacht, die anderen Fraktionen nicht. Jetzt können wir in Ruhe die Aussprache dazu machen. Die Vorlage 18/224 liegt Ihnen dazu vor. Gibt es Wortmeldungen? – Frau Blask!

Inge Blask (SPD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Liminski hat in seiner Kleinen Regierungserklärung in der vergangenen Sitzung die Eckpunkte der Landesregierung in puncto Europa und Internationales vorgestellt und dabei die geografische Lage Nordrhein-Westfalens im Herzen Europas mit dem Blick auf unsere Nachbarn als klaren Rahmen des Regierungshandels ausgemacht.

Dieser Einordnung stimmen wir ausdrücklich zu. Die Nähe und die gute Zusammenarbeit zu unseren direkten Nachbarn, den Beneluxstaaten, ist ein Musterbeispiel für europäisches Denken und Handeln im Kleinen, wie zum Beispiel mit der Euregio Maas-Rhein, sowie im Großen mit Energiepartnerschaften zwischen unseren Ländern. Selbstverständlich hat die Landesregierung auch bei der Intensivierung der Beziehungen und der Wiederaufbauhilfe für die Ukraine unsere volle Unterstützung. Für die beiden Schwerpunkte gilt es nun, aus Absichtserklärungen und guter Basis schnellstmöglich konkrete Projekte und messbare Fortschritte zu schaffen. Dafür stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Unser Hauptaugenmerk als sozialdemokratischer Fraktion in Nordrhein-Westfalen wird auf der Frage der sozialen Gerechtigkeit bei der Verteilung der Kosten der Transformation liegen. Die EU, ihre Mitgliedsstaaten und letztendlich ihre fast 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger stehen vor gewaltigen Anstrengungen, wenn die großen Ziele der EU in puncto Klimaneutralität, Strukturwandel und Nachhaltigkeit erreicht werden sollen. Hier ist es uns besonders wichtig, auf allen politischen Ebenen für eine faire Verteilung der auf uns zukommenden Kosten dieser Transformation zu streiten.

Das bedeutet, einkommensschwache Familien und Haushalte zu schützen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. Das bedeutet aber auch, kleine und mittelständische Unternehmen am Markt zu halten. Das bedeutet zu guter Letzt auch Solidarität mit den Ländern des europäischen Südens, die besonders stark unter dem Klimawandel leiden und nicht als Verlierer dieser Transformation herausgehen dürfen.

Wir wünschen uns, dass Nordrhein-Westfalen hier vorausgeht als Strukturwandel erfahrene Region genauso wie als eine der stärksten Wirtschaftsregionen Europas. Beispielhaft für europapolitische Aktivitäten der Landesregierung hat der Minister die

Einrichtung und die Verhandlung zum Just Transition Fund aufgeführt, aus dem für Nordrhein-Westfalen fast 700 Millionen zur Verfügung stehen. Das ist eine Menge Geld, mit dem man viel Gutes tun kann, wie es Herr Liminski an dieser Stelle verlauten ließ. Damit hat er natürlich recht. Gleichzeitig würden wir gerne wissen, welche konkreten Projekte in Nordrhein-Westfalen mit diesem Geld vorangetrieben werden sollen.

„Konkret“ bleibt das Stichwort. Herr Liminski hat ausgeführt, China und Russland geopolitisch etwas entgegensetzen zu wollen, den Balkan oder auch den afrikanischen Kontinent stärker an den Westen und die EU zu binden. Auch hier stellt sich die Frage: Wie genau stellt sich die Landesregierung diese Unterstützung beim Entziehen aus deren Einflusssphären vor? Mit welchen Mitteln und Instrumenten will sie hier vorgehen?

Natürlich hat die Legislatur gerade erst begonnen. Wir wollen nicht mit der Tür ins Haus fallen. Dennoch erwarten wir von dieser Landesregierung, dass sie die vielen guten und skizzierten Schwerpunkte auch mit Leben füllt. Wir sind gespannt und werden das hier im Ausschuss und in den Fachressorts genau beobachten und begleiten.

Ich hätte aber auch noch ein paar konkrete Fragen: Da geht es einmal um das Stichwort „Ukraine“. Im Koalitionsvertrag sprechen sie von Aufbaupartnerschaften. Wir sollten explizit von regionalen Partnerschaften sprechen, wie es auch in unserem gemeinsamen Antrag steht. Da wäre die Frage: Wie ist der Stand Gespräche? Gibt es bereits eine Partnerregion? Was ist der Fahrplan? Auf welche inhaltlichen Schwerpunkte will sich die Landesregierung mittelfristig stützen?

Weiter mit dem Stichwort „Energiesicherheit und Benelux-Partnerschaften“: Wie genau soll die Verbindung zu den Seehäfen Rotterdam und Antwerpen-Zeebrügge gestärkt werden? Gibt es konkrete Pilotprojekte für engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit, wie etwa die Etablierung eines gemeinsamen Gewerbegebietes?

Stichwort „Europapolitik und Aktivitäten“: Da geht es um die Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Die Landesregierung will sich dabei noch stärker in Brüssel einsetzen. Was haben Sie da bisher gemacht? Was würden Sie zusätzlich machen? Was hat sich im Kontakt zum Beispiel zu den ungarischen und polnischen Repräsentanten gezeigt?

Das Stichwort „Türkei“: Wie plant die Landesregierung damit umzugehen, dass wir hier einerseits zunehmend ein autokratisches Regime haben, während wir eine große türkischstämmige Community in Nordrhein-Westfalen haben, die wir integrationspolitisch gut im Blick haben sollten? Wie plant die Landesregierung, sich in den nächsten fünf Jahren in diesem Spannungsfeld zu bewegen?

Und zu guter Letzt das Stichwort „Städtepartnerschaften“: Gerade im Kontakt zu Ukraine hat sich gezeigt, dass Städtepartnerschaften die Brücken oftmals über Polen in die Ukraine waren, zum Beispiel in Oberhausen, Duisburg, Paderborn über polnische Partner. Partnerschaften und Kooperationen in der EU schaffen auch die Basis, um wichtige Infrastrukturen hier vor Ort zu halten. Was wird die Landesregierung tun, um die Städtepartnerschaften in Nordrhein-Westfalen angesichts der demografischen Entwicklung nach den Pandemie Jahren zu stärken und inhaltlich zu fokussieren, aufzubauen und auch wiederzubeleben?

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Frau Kollegin Blask. – Ich habe jetzt zwei weitere Wortmeldungen von Herrn Tritschler für die AfD-Fraktion, dann Herrn Kaiser, der die Kollegin Aymaz vertritt für die Grüne-Fraktion, und Herrn Krauß für die CDU-Fraktion.

Sven Werner Tritschler (AfD): Vielen Dank Herr Vorsitzender! Vielen Dank auch an die Landesregierung für die einführenden Worte aus der letzten Sitzung. Ich würde auf ein paar Punkte eingehen. Zum einen begrüßen wir als AfD-Fraktion den Schwerpunkt in der regionalen Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn, den die Landesregierung offenbar legen möchte. Hier liegt auch unseres Erachtens ein sinnvoller Ansatz für Europapolitik auf Landesebene.

Das mag dann nicht immer so glamourös sein wie die große Weltpolitik auf Brüsseler Parkett, aber genau das ist für uns die originäre Aufgabe eines NRW-Europaministers – und das werden wir gerne unterstützen. Dass das derzeit alles beherrschende Thema des Krieges in der Ukraine angesprochen wurde, ist sicher richtig. Die außerordentliche Hilfsbereitschaft unserer Bürger, unserer Kommunen und Vereine verdient besondere Erwähnung. Auch das teilen wir vollumfänglich.

Was wir aber etwas vermisst haben, ist die Perspektive: Wie soll es weitergehen, wie soll denn Frieden erreicht werden? Es ist zwar die Rede von Wiederaufbaumaßnahmen, die aus NRW heraus unterstützt werden sollen. Im Moment hören wir aus allen Ecken nur Maximalforderungen, und die Eskalationsspirale – das sagen die Nachrichten heute Morgen wieder – dreht sich munter weiter. Wir sind auch in der Landesverfassung dem Frieden verpflichtet. Zumindest ein paar Ideen oder Ansätze hätten wir uns da gewünscht.

Manchmal ist es auch interessant, was nicht gesagt wird. In der Erklärung war die Rolle des Westbalkans einer der Schwerpunkte, insbesondere das Partnerland Nordmazedonien. Kein Wort kam allerdings zu der sich dort anbahnenden oder schon stattfindenden Migrationswelle. Ich habe mir selber in der Herbstpause die Verhältnisse vor Ort angeguckt. Es ist auch kein Geheimnis mehr, es kommt jetzt vermehrt in den Nachrichten: Es ist eine neue Migrationsbewegung, ähnlich wie 2015, im Gange. Nur die kommt noch zusammen mit den echten Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine und überfordert jetzt schon viele Kommunen im Land.

Auch hier würden wir uns mehr lösungsorientierte Aussagen wünschen. Gibt es irgendeinen Lösungsansatz der Landesregierung? Sollen die Grenzen besser gesichert werden? Soll Frontex gestärkt werden? Sollen mehr Abschiebungen stattfinden? Oder gilt wieder „wir schaffen das“ – und wenn ja, wie schaffen wir das?

Bemerkenswert fand ich das Bekenntnis zu mehr Diversität in der Stromerzeugung. Das ist tatsächlich neu und deckt sich gar nicht mit dem, was die beiden regierungs-tragenden Fraktionen in den letzten Jahren gemacht haben. Sie haben genau das Gegenteil gemacht. Atomausstieg und dann Kohleausstieg: Das ist nicht mehr Diversität, das ist weniger Diversität und damit verbunden weniger Sicherheit, mehr Abhängigkeit und höhere Preise. Die Folgen sind aktuell nicht zu übersehen. Wenn man das mit verursacht hat, dann sollte man sich auch dazu bekennen und keine Nebelkerzen werfen.

Hier wäre es gerade aus europapolitischer und internationaler Perspektive interessant, mal ins inner- und außereuropäische Ausland, zu schauen, was dort an Energiepolitik gemacht wird, wie sehr man da zum Beispiel auf Kernenergie setzt, und das nicht herauszufiltern aus der vermeintlich europäischen Perspektive.

Nahtlos knüpft die Landesregierung – bzw. der Europaminister – an seinen Vorgänger an, was den Begriff der sogenannten Rechtsstaatlichkeit in Europa angeht. Wer oder was damit gemeint wird, ist klar: die Länder, deren Regionen in der Regel mit dem Brüsseler Establishment nicht d'accord gehen. Das ist Ungarn. Das werden vermutlich bald Schweden und Italien sein, und das ist eigentlich auch Polen. Aber da hält man sich aufgrund der aktuellen politischen Lage etwas zurück. Für uns gibt es da keine Zweifel: Die Mitgliedsstaaten der EU sind souverän. Die vermeintlich gemeinsamen Werte sind unseres Erachtens Gründe, um eine Art neue Kolonialpolitik in diesen Ländern durchzusetzen. Für uns gibt es da keine Diskussion. Wir stehen ohne Wenn und Aber an der Seite der nationalen Souveränität und gegen einen ausufernden Machtapparat aus Brüssel.

In dem Zusammenhang habe ich eben insbesondere eine Ausführung zu den medienpolitischen Vorhaben der EU-Kommission vermisst. Das wäre eigentlich für einen Minister für Medien und Europa angezeigt gewesen, denn hier ist Brüssel gerade dabei, eines der letzten Vorrechte der deutschen Bundesländer zu schleifen: die Länderhoheit im Bereich der Medien und Kultur. Das ist eine gute deutsche Verfassungstradition. Es ist traurig, dass dazu nicht eine Silbe verloren wurde.

Schließlich möchte die Landesregierung erklärtermaßen an die Werbemaßnahmen für die EU anknüpfen, wie sie Vorgänger schon betrieben haben. Hier heißt es wörtlich: Die EU-Akzeptanz soll verbessert werden. Es spricht überhaupt nichts gegen mehr politische Bildung, da sind wir gerne dabei, das zu unterstützen, auch mehr Informationen über die EU. Aber das Ergebnis muss offen sein. Die Bürger müssen sich ein eigenes Bild machen können. Ob dann am Ende mehr Akzeptanz oder weniger Akzeptanz oder gleiche Akzeptanz herauskommt, das sollte offenbleiben. Vermutlich ist das auch nicht die Absicht, die dahintersteht. Für Propagandazwecke stehen wir nicht zur Verfügung.

Es wird also viel zu diskutieren geben in den nächsten Jahren, und wir freuen uns darauf.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Speich! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, heute Frau Kollegin Aymaz vertreten zu dürfen. Ich würde auch gerne ein ganz kurzes Statement abgeben zu den Ausführungen des Ministers in der letzten Sitzung. Sie liegen ja auch schriftlich vor. Unseres Erachtens ist deutlich geworden, dass die Koalition von CDU und Grünen die Grundlagen für Eine-Europa und Eine-Welt-Politik gelegt hat, die Antworten auf die Krisen der Zeit geben. Diese Antworten sind heute dringend notwendig – angefangen beim klaren Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit, welche nicht nur auf europäischer Ebene durchgesetzt und verteidigt werden muss, sondern die auch hier in NRW handlungsleitend ist.

An zweiter Stelle: Die multiplen Krisen globalen Ausmaßes zeigen vor allen Dingen, Lösungen sind heute nur mit internationaler Kooperation zu erreichen. Auch in und aus NRW heraus müssen wir deshalb die Herausforderungen der notwendigen sozialökologischen Transformation gemeinsam mit unseren internationalen Partnern angehen. Dazu intensivieren wir die bestehenden Beziehungen des Landes und bauen neue Partnerschaften auf.

Die Menschen in der Ukraine unterstützen wir solidarisch durch Nothilfe und perspektivisch durch die geplante Regionalpartnerschaft. Schließlich bauen wir auch unsere Initiativen im Bereich Nachhaltigkeit aus und stärken sowohl Zivilgesellschaft als auch die Kommunen bei Themen wie Nachhaltigkeitsstrategien und nachhaltiger öffentlicher Beschaffung.

Das Land selbst muss und wird hier vorangehen und ambitionierte Ziele umsetzen. Zwei konkrete Vorhaben möchte ich gerne besonders herausgreifen, denn sie verdeutlichen, wie viel eine ambitionierte Europa- und Eine-Welt-Politik für NRW bewirken können. Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen das große Glück, eine unfassbar engagierte Zivilgesellschaft zu haben, die viele Projekte, gerade auch mit internationalem und entwicklungspolitischem Bezug, anstößt und umsetzt. Diese Initiativen gezielt zu stärken, ist uns deshalb ein besonderes Anliegen. Das setzen wir beispielsweise mit einer Ausweitung des PromotorInnen-Programms des Eine-Welt-Netzwerks um. Für die zivilgesellschaftliche Initiative mit Europabezug schaffen wir gleich ein ganz neues Förderprogramm, das das Verständnis für Europa noch mehr in die Breite der Gesellschaft tragen soll.

An zweiter Stelle gehen wir einen Bereich an, der zu Unrecht eher ein Schattendasein führt in der öffentlichen Wahrnehmung, aber enorm positive Effekte für die Menschen in NRW hat, und zwar die europäische Strukturförderung. Hier wollen wir die Verteilung der Mittel an starken Nachhaltigkeitskriterien ausrichten, damit sie auch zukunftsfähig ist und damit sie einen Beitrag zu den wichtigen Zielen wie Klimaschutz und Schutz der biologischen Vielfalt, aber auch der Digitalisierung leisten kann. Die Belange der Kommunen, der Unternehmen und sonstigen Fördernehmer und -nehmerinnen berücksichtigen wir, indem wir Antragsverfahren bürokratieärmer gestalten und uns für eine angemessene Kofinanzierung einsetzen werden.

Sie sehen, Europa ist für Schwarz-Grün kein „nice-to-have“, sondern wesentlicher Bestandteil unserer Landespolitik ebenso wie die internationalen Beziehungen in ihrer ganzen Breite.

Oliver Krauß (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Speich! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von unserer Seite aus ein großes Dankeschön für den Bericht, auch noch einmal an dieser Stelle. Auch die Diskussion, die wir unter den demokratischen Fraktionen erlebt haben, zeigt mir, dass die Themen nicht nur vielfältig sind, die Vorhaben ambitioniert sind, sondern auch dass die richtigen Schwerpunkte gesetzt sind.

Frau Kollegin Blask, ich freue mich, dass wir in großer Einigkeit bei den Schwerpunkten auch mit Ihnen feststellen können: Es ist schon sehr viel konkretisiert worden.

Einige Fragen ergeben sich aus unserer Sicht bereits aus der Stellungnahme. Aber es ist völlig richtig, dass man bei Bedarf auch nach weiteren Konkretisierungen fragt. Kollege Dr. Kaiser hat gerade angesprochen, dass zum Beispiel das Thema Rechtsstaatlichkeit hinreichend genannt worden ist. Gleiches gilt aus unserer Sicht für die Zusammenarbeit mit den Partnern in Benelux, aufbauend auf den gewachsenen, sehr vertrauensvollen Beziehungen zu unseren Partnern dort.

Auch dort werden wir uns für eine engere Zusammenarbeit einsetzen und die Grenzen abbauen, damit wir ganz im Sinne, wie das die Landesregierung hier dankenswerterweise dargestellt hat, die Vorteile Europas und nicht die nationalen Vorteile in den Köpfen der Menschen verankern. Auch hierzu haben wir sehr konkrete Vorschläge der Landesregierung vernommen, die wir unterstützen.

Die zahlreichen Programme, Wettbewerbe und Auszeichnungen sollen glücklicherweise fortgesetzt und sogar noch verstärkt werden. Das gilt selbstverständlich auch für Städtepartnerschaften, die genannt worden sind. Es bleibt dabei, dass auch bei den internationalen Aktivitäten NRW einen sehr großen Beitrag leisten kann. Nach den Vorstellungen, die die Landesregierung hier präsentiert hat, sind wir zuversichtlich, dass wir das leisten können.

Das entwicklungspolitische Know-how müssen wir weiter nutzen. Ich bin natürlich dafür dankbar für das Bekenntnis zum UN-Standort Bonn, für die neue NRW-Akademie. Die nicht mehr ganz so neue NRW-Akademie für internationale Politik, die dort ihren Standort hat, die Einrichtungen eines strukturierten entwicklungspolitischen Dialogs der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft an einen Tisch holt, kann hier aus unserer Sicht gleichfalls neue Impulse setzen. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit, gerade weil ich in weiten Teilen diese große Einigkeit mit den demokratischen Fraktionen hier vernommen habe.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank Herr Kollege Krauß. – Die Landesregierung ist auch angesprochen worden. Bevor ich der Landesregierung das Wort erteile, frage ich noch einmal: Gibt es noch weitere Wortmeldungen in der Aussprache zur Kleinen Regierungserklärung? Das sehe ich, von Seiten der FDP-Fraktion, Herr Staatsminister a. D. Prof. Dr. Andreas Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender Engstfeld! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde von meiner Seite gerne noch einmal etwas ausführen: Ich sehe die Regierungserklärung, die abgegeben worden ist von Herrn Liminski, in der Kontinuität des bisherigen Regierungshandelns hier in Nordrhein-Westfalen. Das ist auch gut und richtig so, weil wir in Europa gemeinsame Interessen zu vertreten haben. Wir werden die Europapolitik, die internationale Politik deshalb hier sehr konstruktiv begleiten. Das halte ich auch für zwingend geboten.

Nordrhein-Westfalen hat riesige Chancen in der Partnerschaft mit europäischen Nachbarn, die wir auch noch stärker nutzen sollten. Darauf legen wir besonderen Wert. Wir wissen, dass das auch das Anliegen der Landesregierung, von Herrn Liminski ist. Wir haben überhaupt keinen Zweifel an den Beamtinnen und Beamten. Aber ich denke, wenn wir uns die Stimmungslage zu Europa anschauen, dann ist es sehr wichtig, dass

wir nicht nur ein Europa der Politiker und der Bürokraten leben. Es muss ein Europa der Bürgerinnen und Bürger sein. Dazu können wir gerade als Länder, als Regionen einen noch viel wesentlicheren Beitrag leisten, als es die nationalstaatliche und die europäische Ebene selbst tun können. Wir wollen dazu ermuntern, dass wir das in der Nachbarschaft zu Belgien, Niederlande und natürlich Luxemburg weiter intensivieren, dass wir die Regierungskonsultationen nutzen, um auch Partnerschaften zu verstärken, die von den Bürgerinnen und Bürgern über Bildung, über die Wirtschaft noch stärker auch Kultur gelebt werden können.

Das wollen wir nicht auf die Beneluxländer begrenzen, aber da haben wir ein originäres Handlungsfeld. Wir sehen Europa insgesamt für Nordrhein-Westfalen als einen ganz wichtigen Ort, wo wir auch, was die wirtschaftliche Entwicklung des Landes anbetrifft, unsere Beziehungen weiter intensivieren sollten, auch was Erweiterungsperspektiven angeht – wir werden heute noch über die Berichte reden. Es wird sehr wichtig sein, dass wir uns dort entsprechend mit einbringen, ein Stück im Vorfeld, um die Länder auch zu unterstützen, mit Blick auf ihren späteren Beitritt.

Da haben wir schon Vorleistungen erbringen können. Entscheidend wird auch sein – wir reden nicht nur über Europa, wir reden auch über Internationales –, dass wir unsere vielfältigen internationalen Verbindungen, auch die westlichen Bindungen weiter stärken – ich will hinzufügen – und unsere vielfältigen Aktivitäten in Asien weiter ausbauen, auch in China. Wir werden gesondert hier über China in nächster Zeit hier diskutieren. Wir haben drei Provinzen, mit denen wir über lange Zeit, mittlerweile drei Jahrzehnte, zusammenarbeiten.

Natürlich haben wir neue Konfliktlinien, die sich deutlich abzeichnen. Aber wir sollten durch die Pflege solcher Kontakte dazu beitragen, Eskalationen zu vermeiden, sofern das möglich ist. Für unsere Wirtschaft ist es auch nicht ohne Belang, dort weiter vertreten zu sein. Wir haben die Kooperationen mit den ASEAN- Staaten vor zwei Jahren strategisch als Landesregierung seinerzeit neu gestartet, auch das würden wir gerne fortgesetzt sehen wollen, auch als Komplementär, damit die Abhängigkeit zu China nicht zu groß wird. Da kann natürlich Deutschland noch sehr viel mehr tun, aber wir können auch aus Nordrhein-Westfalen sehr viel tun, weil das im Interesse unserer Wirtschaft liegt.

Was ich sagen will: Starke, natürlich auch wertebezogene Politik für Europa und Internationales, aber auch interessensgeleitete Politik wünsche ich mir für Nordrhein-Westfalen, auch für die deutsche Politik. Das gehört beides zusammen und muss im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger und unserer Wirtschaft wahrgenommen werden.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin sehr dankbar für den sehr konstruktiven Tenor dieser Aussprache und bin auch dankbar für die Unterstützung vieler der Ansätze, die Herr Minister bei der letzten Ausschusssitzung als Programm der Landesregierung vorgetragen hat. Es sind einige konkrete Fragen gestellt worden. Ich hoffe, umfassend darauf einzugehen. Bitte erinnern Sie mich, wenn ich etwas übersehen haben sollte.

Frau Blask, ich kann nur bestätigen, dass auch uns die soziale Dimension der enormen ökonomischen, ökologischen Transformation, mit der Nordrhein-Westfalen und mit der andere europäische Regionen konfrontiert sind, in ganz besonderer Weise am Herzen liegt. Ich glaube, eine wesentliche Antwort auf diese Frage ist, dass wir die Kohäsionspolitik, die genau solche Herausforderungen, solche Ungleichheiten abfedern soll, künftig prospektiver verstehen. Sie ist momentan ausgerichtet und angelegt am aktuellen Bruttosozialprodukt.

Als wir über den Just Transition Fund in Brüssel diskutiert haben, war uns immer klar, die gegenwärtige wirtschaftliche Situation bietet einen nur unzureichenden Maßstab für das, was künftig notwendig sein wird, um soziale Härten und soziale Herausforderungen zu kompensieren.

Man muss auf Potenziale schauen, man muss auf Herausforderungen schauen, die auf heute wirtschaftlich starke Regionen, die vielleicht durch Schwerindustrie und kohlendioxid-intensive Industrie geprägt sind, zukommen werden. Die Bertelsmann-Stiftung hat in der vergangenen Woche eine Studie vorgestellt, genau zu diesen Herausforderungen: doppelte Transformation, also einmal die grüne Transformation, auf der anderen Seite die digitale Transformation. Da sieht man, dass auch eine Region wie Nordrhein-Westfalen erhebliche Herausforderungen hat, dass es auch bei uns im Bundesland Regionen gibt, die momentan durch sichere und gut bezahlte Jobs geprägt sind und die erheblich tangiert sein werden. Deswegen müssen wir diese Unterstützungsmittel künftig zukunftsorientierter anlegen, um rechtzeitig in den Wandel zu investieren. Das ist, glaube ich, ganz entscheidend. Das ist auch etwas, was uns in unseren Verhandlungen und unseren Gesprächen in Brüssel derzeit intensiv leitet. Da sehen wir uns im Verbund mit anderen europäischen Regionen. Das ist ein Thema, das wir nicht in einem nationalen Alleingang verhandeln, sondern dass wir in einem europäischen Verbund diskutieren wollen.

Sie hatten gefragt nach der Aufbaupartnerschaft, nach der regionalen Partnerschaft. Ich glaube, das ist richtig. Das ist eine regionale Partnerschaft, die aber sicher Aufbaucharakter haben wird. Ich glaube, der Minister hatte schon ausgeführt: Wir sind in sehr intensiven Gesprächen mit der ukrainischen Seite, inzwischen auch unter Beteiligung des Außenministers. Wir stehen kurz davor, eine Region zu identifizieren. Ich bitte um Verständnis, wenn ich hier noch keinen Namen nenne, weil das auch mit der ukrainischen Seite besprochen werden muss, wann wir so etwas öffentlich machen. Es gibt gerade, wenn wir über den Osten der Ukraine reden, Regionen, in denen unmittelbar Kriegsgeschehen stattfindet. Insofern gibt es dort andere Prioritäten. Ich glaube, das ist für alle nachvollziehbar. Ich denke, dass wir sehr bald auch einen Namen nennen können. Wir sind jedenfalls in den Gesprächen sehr weit fortgeschritten.

Wir sind auch in enger Abstimmung, das will ich hier auch sagen, mit anderen Bundesländern – weil es auch aus anderen Bundesländern solche Bemühungen um regionale Partnerschaften gibt –, dass wir uns da auf vernünftige Weise koordinieren. Gleiches gilt auch für die europäische Ebene. Das Thema der Aufbaupartnerschaft oder der regionalen Partnerschaft besprechen wir auch im Weimarer Dreieck, mit Hauts-de-France, mit Schlesien. Schlesien hat historisch eine ausgeprägt enge Beziehung in ukrainische Oblaste hinein. Da sind wir im engen Austausch, um da ein gemeinsames

Vorgehen zu ermöglichen. Für den Jugendaustausch, der bislang das Weimarer Dreieck prägt, haben wir uns vorgenommen, künftig ukrainische Jugendliche mit einzubeziehen. Das ist nur ein erster Schritt.

Sie hatten auch nach der konkreten Zusammenarbeit gefragt, was den Beneluxraum angeht, was insbesondere die Energiebeziehungen angeht. Ich hatte erst gestern ein Gespräch mit den Botschaftern der drei Beneluxländer. Luxemburg ist hier etwas weniger betroffen, weil es bei uns vor allen Dingen um die Seehäfen in Rotterdam, Antwerpen-Zeebrügge geht, die für uns letztlich die Verbindung zu den energetischen Lebensadern bieten. Das ist völlig richtig. Ich kann hier schon mal auf Herrn Tritschler eingehen. Wir brauchen die Diversifizierung, aber wir brauchen sie mit Blick auf die künftige Transformation. Es ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll, das retrospektiv zu erörtern. Wir müssen sehen, wo wir künftig die Quellen, die regenerativen Energien her bekommen.

Herr Pinkwart, das ist etwas, was Sie in Ihrer Zeit als Wirtschaftsminister sehr stark vorangetrieben haben, auch mit der Wasserstoff-Roadmap. Wir wissen, Wasserstoff ist ein zentrales Element dieser künftigen Energiewirtschaft. Wir wissen auch, dass wir ihn wahrscheinlich zu 70 % importieren werden müssen. Die Lebenslinien, die sich hier für uns darstellen, sind die Seehäfen. Das sind jetzt die Seehäfen, über die wir unsere Gasversorgung zu einem erheblichen Teil sichern, auch das muss man einmal in Erinnerung rufen. Noch vor Kurzem betrug die Abhängigkeit von Russland 55 % bei der Erdgasbelieferung. Das ist in etwa der Wert, den wir momentan aus Ost-Belgien und den Niederlanden bekommen. Das ist norwegisches, das ist englisches Gas, das über die Seehäfen anlandet.

Wir haben gestern über diese Frage gesprochen. Der Ministerpräsident selbst war in Den Haag am Montag. Er hat den Premierminister auf der einen Seite, aber auch den Energieminister getroffen. Ein zentrales Thema für uns ist der sogenannte Delta Corridor, eine Pipeline-Infrastruktur, die auf der einen Seite Rotterdam, aber auch Belgien – das ist die Perspektive –, Antwerpen mit anbindet und dann in die industriellen Zentren Zentraleuropas führt.

Es gibt ein neues Abkommen des spanischen Energiekonzerns Cepsa mit Rotterdam, wo es darum geht, in Spanien produzierten grünen Wasserstoff in Rotterdam anzulanden. Das sind die Perspektiven, die sich für uns ergeben. Für uns ist wichtig, dass Nordrhein-Westfalen aber immer mitgedacht wird und wir in einem sehr engen Verbund mit unseren europäischen Nachbarn agieren. Das ist – das war auch in dieser Runde gestern klar – weder für die Niederlande alleine, noch für die Belgier alleine ein Thema. Es ist ein Thema, das wir nur in einem regionalen europäischen Verbund bewältigen können. Ich bin froh, dass wir da sehr ermutigende Gespräche führen.

Sie hatten auch die Frage gestellt, was wir denn konkret jetzt im West-Balkan tun, um diese Länder anderen geopolitischen Einflüssen zu entziehen. Diese geopolitischen Einflüsse sind dort sehr spürbar. Das gilt, wenn wir das Beispiel Serbien nehmen, für den russischen Einfluss. Es gilt ganz grundsätzlich für den chinesischen Einfluss dort, was Infrastruktur-Investitionen angeht. Das Erstaunliche ist, dass, wenn man auf die Gesamtinvestitionsmittel schaut, die EU-Mittel deutlich höher sind als die chinesischen, aber in der Wahrnehmung vieler ist die chinesische Präsenz stärker gefühlt.

Das ist für uns – ich komme gleich noch auf Ihren Punkt, Herr Pinkwart, zurück – eine Herausforderung. Für die Landesregierung heißt das ganz klar, dass wir mit den Mitteln, die wir haben, nicht den gesamten Westbalkan intensiv politisch bearbeiten können. Wir wollen uns konzentrieren, wir wollen ein Fokus. Deswegen haben wir eine Partnerschaft mit Nordmazedonien geschlossen und gehen dort mit all den Instrumenten hinein, mit denen wir regionale Partnerschaften mit Leben füllen können.

Ich habe in der vergangenen Woche an einem Austausch teilgenommen, der von der AHK in Skopje organisiert worden war zum Abschluss eines Programms, mit dem wir junge Auszubildende aus Nordmazedonien nach Nordrhein-Westfalen in Unternehmen gebracht haben. Auf diese Weise, das ist das Interessante, haben wir auch einen Kontakt nordrhein-westfälischer Unternehmen nach Nordmazedonien hergestellt. Daraus sind weitere sozialen Kontakte erwachsen, weil Nordmazedonien auch als ein Ort wirtschaftlicher Produktion interessant ist.

Wir müssen diese Region stärken durch wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der einen Seite, Verwaltungsaustausch ist ein anderer Aspekt, den wir jetzt mit Nordmazedonien angehen werden. Wir werden unsere Verwaltungskompetenz beim Aufbau der Strukturen dort zur Verfügung stellen. Das Weitere, was ansteht, ist eine Absichtserklärung unseres Innenministeriums, mit der Polizei dort zusammenzuarbeiten.

Man sieht, es beginnt mit einem Papier. Am Ende lebt eine Partnerschaft immer, wenn wir die unterschiedlichen Ressorts und Ressortkooperationen mit Leben füllen, zum anderen, wenn wir zivilgesellschaftliche Kooperationen auch fördern. Das ist etwas, was wir mit unseren Fördermitteln tun. Wir hatten eben gesagt, unsere Mittel sind – im Vergleich zu dem, was der Bund im Bereich der internationalen Zusammenarbeit einsetzt – begrenzt.

Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir es konzentrieren. Wir tun es ganz bewusst, um Projekte der Zivilgesellschaft in diesen Regionen, mit denen wir eng zusammenarbeiten, zu fördern. Wir folgen im Grunde mit unserer Förderung dieser Fokussierung. Ich glaube auch, das ist ein richtiger Ansatz.

Die Zivilgesellschaft ist aus meiner Sicht ein Schlüsselbegriff, wenn man auf die Zusammenarbeit mit der Türkei zu sprechen kommt, die Sie angesprochen haben. Sie haben die Schwierigkeit klar genannt. Die will ich auch überhaupt nicht leugnen. Wir haben es mit einem autokratischen System zu tun, und zwar einem repressivem System, das die Entwicklung freier Presse, die Entwicklung zivilgesellschaftlichen Diskurses in hohem Maße einschränkt. Gleichzeitig haben wir es mit einer enorm großen Bevölkerung zu tun. Wir sehen, dass das, was in der Türkei passiert, unmittelbar auch auf diese Bevölkerung einwirkt, und zwar aktiv genutzt.

Wir wollen in einen konstruktiven Dialog. Der kann erst einmal ganz wesentlich mit der Zivilbevölkerung beginnen. Das ist etwas, was wir ausbauen wollen. Wir wollen Strukturen stärken, die – wir wissen, wie schwierig das ist – unabhängig von diesen staatlichen Strukturen existieren. Das ist etwas, was wir künftig ausbauen und stärken wollen. Das wollen wir auch – das ist ein Thema, das Sie angesprochen haben – in Ungarn. Die Gespräche mit den Vertretern der ungarischen Regierung sind, offen gestanden, immer schwieriger geworden. Es gibt eine Verhärtung der Situation, das kann

man gar nicht anders sagen. Wenn Sie Viktor Orbán lauschen, dann ist auch die Drohung, EU-Mittel hier vorzuhalten, eine, die sich inzwischen wendet, die besagt: Wir können auch unabhängig davon agieren und kürzen Mittel, vor allen Dingen in den Regionen, die von der Opposition beherrscht sind. Das betrifft ganz besonders den Großraum Budapest derzeit, wo Mittel vorenthalten werden in der gegenwärtigen Krise, um dort den politischen Druck zu erhöhen.

Das ist die schwierige Situation. Wir machen aber in allen Gesprächen mit der ungarischen Seite deutlich, dass die enge Zusammenarbeit, die wir in wirtschaftlicher Hinsicht haben, die wir auch in wissenschaftlicher Hinsicht haben, kaum nachhaltig sein kann, wenn nicht die Luft der Freiheit weht. Das ist für uns die Grundbedingung dieser Zusammenarbeit. Das sind schwierige Gespräche – das ist gar keine Frage –, aber wir machen es an jeder Stelle deutlich.

In Polen ist die Situation geopolitisch etwas anders. Herr Tritschler hat das angedeutet. Trotzdem – Sie sehen es auch am Diskurs der EU-Kommission – wird dort eine harte Linie verfolgt. Der entscheidende Punkt ist die Haushaltsintegrität. Das ist eigentlich das Ergebnis dieses Konditionalitätsmechanismus, dass da, wo der Vollzug des EU-Haushalts rechtsstaatlich nicht gewährleistet ist – das ist nichts Vermeintliches, sondern das ist Art. 2, der ein Grundsatz der Europäischen Union ist –, wo also die Unabhängigkeit der Gerichte als ein wesentliches Merkmal von Rechtsstaatlichkeit nicht gewährleistet ist, auch der Vollzug des EU-Haushalts nicht gewährleistet sein kann, weil dieser nicht ausreichend gerichtlich überprüfbar ist und weil andere rechtsstaatliche Prinzipien nicht eingehalten werden. Deswegen, glaube ich, ist das das schärfste Schwert, das es in der Auseinandersetzung gibt. Es ist bemerkenswert, dass die EU-Kommission trotz der geopolitisch anderen Positionierung Polens in dem gegenwärtigen Konflikt dieses Schwert trotzdem anwendet. Ich halte das auch für richtig.

Herr Tritschler, um auf einige Ihrer Einlassungen einzugehen: Ich glaube nicht, dass es um vermeintliche Grundsätze von Rechtsstaatlichkeit geht, sondern um harte Prinzipien, die Grundsatz der Europäischen Union sind. Sie hatten dann gesagt, dass sich im Ukrainekonflikt die Eskalationsspirale weiter dreht, und die Frage gestellt, was ist eigentlich das Endszenario? Wie soll man zu einer Friedenslösung kommen? Ich würde eines deutlich klarstellen wollen: Ich sehe nicht, dass sich die Eskalationsspirale passiv dreht, sondern es ist Putin, der sie dreht. Das muss man an dieser Stelle ganz deutlich machen. Das ist die Situation. Es ist an den Ukrainern zu entscheiden, wann eine Situation eingetreten ist, in der man ernsthaft Verhandlungen führen kann.

Sie unter dem Druck von Gewalt und nuklearer Drohung zu führen, wird jedenfalls nicht zu den Ergebnissen führen, die die territoriale Integrität der Ukraine wahren. Hier stehen wir ganz sicher an der Seite der Ukraine, auch wenn wir um die begrenzten Möglichkeiten eines Bundeslandes wissen, endgültig einen Friedensprozess zu gestalten. Das ist natürlich auch klar.

Zur Migrationssituation auf dem Balkan muss man ganz klar sagen: Sie hat zwei Dimensionen, eine auf dem Balkan selbst und eine darüber hinausgehende. Das, was ich eben beschrieben habe, was wir mit Nordmazedonien machen, ist ein Stabilisierungsprogramm. Wir wollen dort Chancen, wir wollen dort Möglichkeiten eröffnen. Wenn wir die jungen Menschen nach Nordrhein-Westfalen einladen, dann tun wir das,

um ihre Qualifikation für ihre beruflichen Perspektiven in Nordmazedonien zu stärken. Das ist das eine, also die Stärkung der Chancen und Möglichkeiten auf dem West-Balkan selbst.

Wenn Sie die Flüchtlingsströme darüber hinaus ansprechen – das ist etwas, was ich mir in der vergangenen Legislaturperiode sehr intensiv angesehen habe, unter anderem mit unserem damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Herrn Dr. Stamp, und zwar die Flüchtlingslager in Jordanien, im Libanon, in Griechenland. Je menschenwürdiger und humanitärer wir den Umgang mit Flüchtlingen dort ausgestalten, je bessere Chancen wir in den Herkunftsländern bieten – das ist die langfristige Perspektive –, desto eher schaffen wir auch eine Befriedung und Beruhigung der Situation, die sich auf der Balkanroute ergibt. Es muss Ziel unserer Landesregierung sein, auf allen Ebenen stabilisierend, strukturstärkend zu wirken.

Das können wir immer nur mit sehr begrenzten Mitteln. Deswegen konzentrieren wir uns. Deswegen gehen wir nicht mit der kleinen Gießkanne in die große Breite, sondern versuchen, da konkret zu fördern, wo wir es können. Das betrifft auch unseren Partnerland Ghana, wo es ein wesentliches Element ist, auch dort wirtschaftliche Möglichkeiten und Perspektiven zu eröffnen.

Sie hatten die medienpolitische Situation angesprochen. Ich glaube, das ist in der Tat ein ganz wichtiger Punkt. Medienpolitischer Pluralismus, Medienfreiheit ist für uns ein ganz zentrales Element europäischer Zusammenarbeit. Das ist völlig klar. Wie sehen auch innerhalb der Europäischen Union die Bedrohung, die es hier gibt. Der European Media Freedom Act, der ein Rechtsakt ist, um genau darauf zu reagieren, hat aus unserer Sicht insofern auch einen richtigen Anlass, einen richtigen Ausgangspunkt. Es ist klar, dass auch hier die Situation in Ungarn und Polen eine Rolle spielt. Aber – in dem Punkt ist Ihr Hinweis berechtigt – in der Umsetzung haben wir in der Tat einen Ansatz, der sich in der jetzigen Fassung jedenfalls nicht mit unserer föderalen Staatsordnung verträgt. Eine zentrale Aufsicht ist nichts, was unserer Verfassungswirklichkeit entspricht. Deswegen sind wir da auch in sehr engen Gesprächen mit der Kommission in Brüssel.

Ich selbst habe jetzt im Ausschuss der Regionen die Berichterstattung für den European Media Freedom Act übernommen, auch in Abstimmung mit den anderen deutschen Bundesländern, um genau diese Bedenken deutlich zu machen. Das ist aber keine Kritik am Ziel, sondern es ist eine Kritik an der Umsetzung, und die werden wir konstruktiv auch weiter äußern.

Zum Programm zur Förderung der Zivilgesellschaft: Europa ist Verfassungsgrundsatz seit der letzten Legislaturperiode. Deswegen gibt es aus unserer Sicht auch gar keine Alternative dazu. Aber natürlich ist nichts, was wir machen, Indoktrination. Das ist Diskurs, das ist Förderung zivilgesellschaftlicher Struktur. Das ist es, was wir erreichen wollen. Europa ist für uns von zentraler, wesentlicher Bedeutung. Das ist im Ausdruck dieses Verfassungsbekennnisses auch aufgehoben. Dem wollen wir auch mit Programmen der Landesregierung entsprechen. Das ist völlig klar.

Herr Pinkwart, Sie hatten die asiatischen Beziehungen angesprochen. Ich glaube, das ist ein enorm wichtiges und gleichzeitig sehr herausforderndes Feld. Sie haben es

auch in Ihrem Wortbeitrag deutlich gemacht. Wir haben eine sehr etablierte Partnerschaft mit drei chinesischen Provinzen und sehen doch, dass sich das Auftreten Chinas uns gegenüber verändert hat, auch das Auftreten der diplomatischen Vertreter. Da, wo früher noch konstruktiver Dialog möglich war, erleben wir jetzt, dass eher Verlautbarungen vorgetragen werden. Der Diskurs ist deutlich schwieriger geworden.

Wir wissen, dass wir in Teilen unserer Wirtschaft strategische Abhängigkeiten haben, die problematisch sind, und dass wir eine menschenrechtliche Situation in bestimmten Gebieten haben – das ist allen bekannt –, die genauso problematisch ist. Ich glaube, das sollte zu Wachsamkeit und Vorsicht aufrufen. Das kann nicht dazu führen, dass wir das, was Donald Trump mal als „Decoupling“ bezeichnet hat, betreiben, aber es muss bedeuten, dass wir uns mit großer Vorsicht bewegen, dass wir bei allem, wo wir kooperieren, deutlich vorsichtiger werden und genau überlegen, welche strategischen Abhängigkeiten wir haben. Wenn man die Parteitagsrede des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei verfolgt hat, dann weiß man, dass der Taiwan-Konflikt für ihn in den nächsten 10 Jahren gelöst werden soll.

Das ist der Horizont, unter dem wir uns bewegen. Ich glaube, das sollte zu strategischer Vorsicht mahnen. Das heißt aber genauso, dass wir die Diversifizierung der Beziehungen nach Asien in die anderen Länder weiter ausbauen und stärken müssen. Das ist zuerst und zuvörderst unser Wertepartner Japan, der uns als Nordrhein-Westfalen in ganz besonderer Weise verbindet, aber es sind auch andere ASIAN-Staaten, zu denen wir die Beziehungen ausbauen müssen. Insofern würde ich diesen Ball nur aufnehmen und sagen: Das ist in der Tat etwas, was wir als Landesregierung weiter fördern müssen.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Staatssekretär Dr. Speich, für Ihren Redebeitrag und dafür, dass Sie auf die Fragen und Wortbeiträge der Fraktionen im Parlament eingegangen sind. Ich gucke in die Runde und frage: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Die Kollegin Blask für die SPD-Fraktion.

Inge Blask (SPD): Herr Dr. Speich, vielleicht noch eine kleine Nachfrage. Wir haben heute noch nicht über das Vereinigte Königreich gesprochen. Wie geht es da strategisch weiter? Es gibt auch die Schlussfolgerung aus der Brexit-Enquetekommission, die wir hatten, auch den Standort dort, unser Auslandsbüro zu stärken. Wie sehen Sie das? Wie wollen Sie da als Landesregierung weiter vorgehen?

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Gibt es weitere Fragen? – Das sehe ich nicht. Dann hätten Sie für diese Frage auch das Schlusswort für diesen Tagesordnungspunkt.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Blask, das Thema der Beziehungen zum Vereinigten Königreich ist uns tatsächlich enorm wichtig. Wir wissen um die historische Bedeutung. Die Enquetekommission hat das in jeder Hinsicht herausgestellt. Ich glaube, ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass die gegenwärtige Situation der britischen Regierung eine Kooperation auch nicht immer erleichtert. Trotzdem haben wir verlässliche Strukturen.

Es gibt seit Beginn der letzten Legislaturperiode erstmals einen gemeinsamen Steuerungsausschuss, in dem wir diese Beziehungen tatsächlich auch auf oberster britischer Regierungsebene besprechen wollen. Wir haben ein Stipendienprogramm eingerichtet, das wir weiter aufstocken wollen. Man muss klar sagen, mit dem EU-Austritt, mit dem Brexit sind auch Programme weggefallen wie Erasmus+ und andere, mit denen wir bislang einen sehr engen Austausch sowohl auf der Hochschulebene, auf der schulischen Ebene als auch im Bereich der beruflichen Ausbildung hatten. Wir wollen das kompensieren, weil uns an diesen engen Beziehungen liegt.

Wir haben ein Büro von NRW.Global Business dort, das auch die wirtschaftlichen Beziehungen weiter stärkt, und wir wollen den Austausch auch weiter ausbauen. Wie gesagt, wir warten jetzt im Moment auf eine britische Regierung, die eine gewisse Stabilität verheißt. Dann bin ich mir sicher, dass wir da auch einen Schritt weiter kommen.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Vielen Dank. – Ich kann noch ergänzen, Frau Kollegin Blask, dass der aktuelle Vorsitzende dieses Ausschusses und ehemalige Vorsitzende der Enquetekommission zum Thema „Brexit im Hinblick auf die Folgen und Auswirkungen für NRW“ dieses Themenfeld besonders im Fokus hat und natürlich auch in diesem Ausschuss darauf achten wird, was denn mit den Ergebnissen dieser Kommissionsarbeit, die zwei Jahre gedauert hat, auch passiert.

2 Missbrauch der EU-Freizügigkeit wirksam bekämpfen – Landesförderung für die Clearingstellen einstellen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/983

(Überweisung des Antrags an den Integrationsausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Ausschuss für Europa und Internationales am 28. September 2022)

Sven Werner Tritschler (AfD) gibt an, im federführenden Ausschuss solle eine Anhörung stattfinden, sie sei aber noch nicht beschlossen. Er würde eine nachrichtliche Beteiligung vorschlagen.

Der Ausschuss kommt vorbehaltlich des Beschlusses einer Sachverständigenanhörung im federführenden Ausschuss überein, sich nachrichtlich an dieser Sachverständigenanhörung zu beteiligen.

3 **Schlussfolgerungen zur Prager Rede für Nordrhein-Westfalen** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/258

Josef Neumann (SPD) bedankt sich für den Bericht. Bundeskanzler Olaf Scholz habe in seiner Prager Rede zu zentralen Punkten Europas eindeutig und klar Stellung genommen. Insbesondere habe er unter dem Begriff „Zeitenwende“ deutlich gemacht, dass Europa vor einer völlig neuen Herausforderung stehe. Das Thema Ukraine und die Folgen, die der Krieg habe, müssten hier nicht erläutert werden. Aber es gebe auch andere Herausforderungen, die in dem Bericht deutlich hervorgehoben würden, nämlich die Frage, wie die Zukunft Europas, der Europäischen Union aussehen solle, was die Frage der Einstimmigkeit in den Gremien betreffe, wie das Ganze funktionieren solle.

Es gehe um die Frage von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, ein nicht unwesentlicher Punkt. Der Minister – das habe er deutlich gemacht – sei in Nordrhein-Westfalen immer wieder unterwegs, wenn es um die Fragen von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Strukturen gehe. Aber es gehe auch um die neuen Schwerpunkte, nämlich die Frage, wie man eine europäische gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik schaffen könne bis hin zu der Frage, wie man es schaffe, dass man bei den neuen Technologien mit Blick auf die Energie, dem Wasserstoff, gemeinsam eine europäische Lösung finden könne. Es werde in dem Bericht gut zusammengefasst, was Olaf Scholz in Prag dargelegt habe. Jetzt könne er nur hoffen, dass sich Europa auf diesen Weg mache.

Das Thema Großbritannien sei gerade angesprochen worden sowie die Frage, wie sich Europa insgesamt aufstellen werde, auch nach den Ergebnissen der Wahlen, die zumindest Demokratinnen und Demokraten Sorgen machten. Auf diese Punkte werde in dem Bericht eingegangen.

In dem Bericht werde auf das transnationale Infrastrukturprojekt zwischen Belgien, den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen mit Blick auf den Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur zu den Seehäfen Rotterdam und Antwerpen-Zeebrügge hingewiesen. Das seien alles Aspekte, auf die man in Europa in den nächsten Jahren setzen müsse.

4 **Schlussfolgerungen zur Rede „State of the Union“ für NRW** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/257

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) bedankt sich für den Bericht. Die Feststellungen seien zutreffend, aber auch in hohem Maße ernüchternd. Er glaube, dass das das strategische Kernproblem sei. Man habe sich sehr viel vorgenommen. Der Staatssekretär habe die Bertelsmann-Studie erwähnt, die großen Transformationsthemen. Aber – das sei der Lage geschuldet – man sei durch andere Herausforderungen abgehalten. Auch die Kommission werde durch die tagesaktuellen Herausforderungen sehr stark blockiert.

Bei gewissen Themen sei das gut. Die Chemikalienstrategie werde etwas dilatorischer behandelt. Das betreffe leider auch die strategischen Zukunftsthemen. Gleich werde noch über den Bericht zum Thema Wasserstoff diskutiert. Da gebe es Ähnliches. Die Projekte würden bei der Kommission hängen, auch die hiesigen Projekte würden viel zu lange dort hängen. Das sei kein Vorwurf an die Beteiligten. Es sei eine Feststellung. Es gebe zehn Projekte bei KUEBLL. Darüber sei noch nichts entschieden. Eine Sache sei im Sommer durchgegangen, jetzt hätte Sachsen noch ein Projekt genehmigt bekommen. Das sei zu wenig.

Mit Blick darauf, dass man die Netzinfrastuktur bauen wolle, sei zu fragen, wann das fertig werden solle. Die Welt verändere sich hoch dynamisch, die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, andere Länder holten bei den Themen unglaublich schnell auf. Die Energiekosten im Moment seien dort einladend für viele Industrien, sie würden die Steuern senken. Gleichzeitig würden sie die Erneuerbaren Energien in einem Tempo ausbauen, dass man nur staunen könne. Hier sei Deutschland zu langsam. Wenn man nicht aufpasse, gehe die Wirtschaft hier im Übergang unter.

Ziel sei es jetzt, trotz massiven Drucks durch die hohen Energiekosten den Anschluss zu finden. Der komme, wenn man Pech habe, zu spät. Da fehle ihm der Impuls aus Europa. Da müsse man mehr Gas geben. Er sei dankbar, dass das am Montag mit den Niederlanden angesprochen worden sei. Die hätten ähnliche Interessen. Die Infrastrukturprojekte seien besprochen worden. Über dieses Projekt habe man allerdings auch schon vor 2, 3 Jahren mit den Niederlanden gesprochen. Man sei nicht mit dem Entscheidungsdruck unterwegs. In der Prager Rede werde es angesprochen. Aber es müsse gehandelt werden. Er sehe bei manchen strategischen Themen nicht nur Gemeinsamkeiten in Europa, auch nicht zwischen Deutschland und Frankreich. Auch das mache ihm große Sorgen. Er finde den Bericht zutreffend. Aber man müsse dringend darauf einwirken, dass die wichtigen Themen, die wieder Wachstum brächten, die auch dabei helfen würden, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, zuvorderst auf Bundes- und europäischer Ebene bearbeitet werden könnten.

Vorsitzender Stefan Engstfeld meint, auch wenn das ein charmanter Versuch sei, eine verbundene Debatte über die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 5 zu machen, nehme er zur Kenntnis, dass Dr. Pinkwart TOP 5 in seinen Wortbeitrag integriert habe. Um auch den anderen Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, sich zu äußern, wolle er separiert vorgehen und zunächst einmal TOP 4 behandeln.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) stimmt der Aussage zu, der Bericht sei eher nüchtern. Es sei auch zutreffend, dass man momentan eine Europäische Kommission erlebe, die im vollen Krisenmodus arbeite. Das sei die aktuelle Krise. Es sei eine fast klassische Konstellation, dass die Bewältigung einer aktuellen Krise oft strategische Entscheidungen verzögere. Das sei in gewisser Weise nachvollziehbar und verständlich. Das sei aber etwas, auf das die Landesregierung dränge.

Er habe eben das Gespräch erwähnt, dass mit den Botschaftern der Beneluxstaaten stattgefunden habe. Da sei es genau um diese Herausforderung gegangen, die Perspektive, dass man jetzt eine enorme Belastung der Unternehmen erlebe, dass man aber darüber hinaus längst die mittel- und langfristigen Erwägungen erlebe, die Frage, ob man einen Standort habe, der auch künftig unter den Bedingungen der Grünen Transformation mit ausreichend bezahlbarer, sicher lieferbarer Energie versorgt werde. Wenn jetzt Standort- oder Investitionsentscheidungen getroffen würden, dann liefen die zum Teil schon gegen den Standort. Das sei insofern eine wirklich ernste Situation.

Deswegen sei es so wichtig, dass man hier die Stimme nicht alleine erhebe – Nordrhein-Westfalen sei schon eine mächtige und gewichtige Stimme –, sondern dass man es im europäischen Verbund tue mit den Regionen, die ähnliche Interessen hätten. Das seien die Belgier, die Niederländer, aber auch andere.

Professor Pinkwart habe recht, es gebe auch Konflikte. Ein Thema – das sei medial inzwischen erörtert worden – sei die Pipeline-Infrastruktur, die von Spanien über Frankreich in die industriellen Zentren Zentraleuropas führen solle. Das sei für Deutschland ein großes Anliegen. Das sei für die Spanier ein großes Anliegen, die die Möglichkeiten hätten, auf den Flächen, die sie hätten, regenerativ Energie zu erzeugen. Gleichzeitig gebe es die Pipeline-Verbindung nach Algerien. Man hätte im Grunde sogar die Brücke nach Nordafrika in den Maghreb. Das wolle man gemeinsam. Das müsse man jetzt stärker zur Geltung bringen. Es werde versucht, dass das stärker in Brüssel Gehör finde.

Vorsitzender Stefan Engstfeld meint, zum Stichwort Pyrenäen gebe es noch Diskussionsbedarf, gerade auf französischer Seite.

5 Wasserstoff: Wie kann die Landesregierung wichtige Industrieprojekte in Brüssel beschleunigen? *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/256

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) kommt auf thyssenkrupp zu sprechen. Da gebe es einen Beschluss der Entscheidungsgremien, dass dieser Transformationsprozess eingeleitet werden solle. 2 Milliarden Euro Investitionen stünden im Raum. Im Bericht werde das vergleichsweise unverbindlich ausgedrückt. Er frage, auf welcher Zeitachse man da jetzt arbeite.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) legt dar, das sei inzwischen verbindlicher geworden, weil es einen Kabinettsbeschluss gebe, mit dem sich die Landesregierung eindeutig zu Unterstützung dieses Vorhabens bekenne – in einem erheblichen finanziellen Rahmen. Er wolle jetzt die anderen Projekte nicht relativieren, die sieben Projekte und zehn Teilprojekte. Aber das sei mit Abstand das Wichtigste. Es sei auch europäisch das entscheidendste Projekt. Man hänge da jetzt in der Brüsseler Schleife. Das Projekt sei von der Notifizierung abhängig. Das werde von NRW begleitet, es werde Druck gemacht, es werde gefordert. Das sei ein wichtiges Anliegen. Aber die Entscheidung liege erst einmal bei der Notifizierung durch die Kommission. Insofern sei das nicht in der Hand der Landesregierung.

RB'e Ann-Kathrin Lipponer (MWIKE) führt aus, sie arbeite als Referentin für Wasserstoff im Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie. Thyssenkrupp müsse noch einen Teil notifiziert bekommen. Sie müssten noch eine Schleife drehen mit der EU-Kommission. Sie hoffe, dass es zum Jahreswechsel abgeschlossen sei. Aber da gebe es keine Sicherheit. Danach komme die nationale Antragsstellung, die relativ schnell vonstattengehen solle. Das heiße, wenn alles wirklich gut laufe, Q1, Q2 nächstes Jahr. Da könne sie keine gesicherte Zeitschiene nennen. Das hänge von der Entscheidung der EU-Kommission ab. Dann versuche man, die nationale Seite so schnell wie möglich abzuwickeln, bundes- und landesseitig.

6 Was tut die Landesregierung, um die Ergebnisse der Konferenz über die Zukunft Europas in NRW aufzugreifen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/259

Sonja Bongers (SPD) bedankt sich für den Bericht. Sie habe eine Frage, vielleicht resultiere die auch daraus, dass sie in der letzten Wahlperiode noch kein Mitglied dieses Ausschusses sei. Der Bericht verhalte sich ausführlich dazu, was bis jetzt geschehen sei und wie insgesamt die Bürgerbeteiligung erfolgt sei.

Im letzten Abschnitt des Berichtes sehe sie so etwas wie eine vage Prognose, wie die Folgeprozesse zu steuern seien. Sie frage, wie die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft beteiligt werden sollten und wie man versuchen wolle, die Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, sich zu beteiligen, die bis jetzt sehr wenig mit dieser Thematik EU zu tun gehabt hätten.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) hält fest, die Bürgerbeteiligung sei in der Tat ein zentrales Element der Konferenz über die Zukunft Europas, die auf mehreren Ebenen stattgefunden habe. Der Bericht führe das auch aus. Das wolle er jetzt nicht wiederholen. Zentral sei aus Sicht der Europäischen Kommission: Es gebe die europäischen Bürgerforen. Es gebe Überlegungen, diese Bürgerforen institutionalisiert fortzusetzen, also einen permanenten Mechanismus der Rückkopplung mit den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen. Das sei aber noch nicht scharf konturiert. Es werde am 2. Dezember eine Follow-Up-Veranstaltung der europäischen Institutionen genau zu diesem Thema stattfinden.

Der Landesregierung sei es immer ein großes Anliegen gewesen, einen Bürgerbeteiligungsprozess zu organisieren, der nicht nur ausschließlich die ohnehin Europa-Begeisterten erreiche, sondern weiter reiche, weshalb man auch erstmals Zufalls-, randomisierte Verfahren benutzt habe, um die Bürgerbeteiligung deutlich zu verbreitern. Das gehe Hand in Hand mit anderen Projekten.

Die Landesregierung habe sich schon in der letzten Legislaturperiode das Ziel gesetzt, die Europaarbeit deutlich über die ohnehin beteiligten und engagierten Kreise hinaus zu führen. Man habe unter anderem das Projekt „EU-Jugendbotschafter@school“ ins Leben gerufen, wo man in Schulen, bei denen man davon ausgehe, dass die Familien weniger kosmopolitisch geneigt seien, weniger in solchen Netzwerken aktiv seien, aktiv über die Peer Group Europaarbeit leiste, jungen Menschen Europa vermittele, Projekte in den Schulen durchführe. Das betreffe insbesondere Schulen in sozialen Brennpunkten, in herausfordernden Stadtteilen.

Ein Projekt sei ins Leben gerufen worden, in das vor allem junge Auszubildende in Kooperation mit dem Europäischen Jugendparlament einbezogen würden, einmal einen Austausch ins europäische Ausland zu erleben, sich aber gleichzeitig mit Europa als Institution auseinandersetzen, das auf einer sehr niederschweligen Art. Man

versuche, hier den Kreis derjenigen, die sich für Europa interessierten, deutlich zu verbreitern. Er gehe davon aus, dass die Bürgerpartizipation ein festes Element werde. Das werde eine der Folgen sein. Auf alle Fälle wolle die Landesregierung dazu beitragen, dass der Kreis der Beteiligten möglichst breit sei.

7 Verschiedenes

a) Sitzungstermine des AEI 2023 (s. Anlage 5)

Der Ausschuss beschließt die Sitzungstermine 2023.

b) Haushaltsplanberatungen

Vorsitzender Stefan Engstfeld teilt mit, der Sitzungstermin 18. November 2022 werde ein Beratungstermin zu dem Gesetzentwurf des Haushalts 2023. Der Ablauf der Haushaltsberatung sei mit den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen vorbesprochen worden.

Bis zum 7. November 2022 sollte die Landesregierung den Einführungsbericht vorlegen. Bis zum 10. November 2022, 17:00 Uhr, sollten die Fraktionen zum Einzelplan Fragen einreichen. Die Fragen würden durch das Ausschussesekretariat an die Landesregierung weitergeleitet. Die Landesregierung ihrerseits habe bis zum 14. November 2022, 17:00 Uhr, Zeit, die Beantwortung der Fragen schriftlich vorzunehmen. Am 18. November 2022, 10:00 Uhr, werde der Ausschuss die Aussprache zum Haushalt durchführen, gegebenenfalls Änderungsanträge beraten. Die abschließende Beratung werde stattfinden, und der Ausschuss werde ein Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss abgeben.

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

5 Anlagen

18.11.2022/22.11.2022

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart**

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Prof. Dr. Andreas Pinkwart • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Ausschuss für Europa und Internationales
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-4435

E-Mail: andreas.pinkwart
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, Freitag, 30. September
2022

Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 21. Oktober 2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 21. Oktober 2022 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

„Schlussfolgerungen zur Prager Rede für NRW“

Bundeskanzler Olaf Scholz hat am 29. August 2022 eine programmatische Rede an der Universität zu Prag gehalten. Die Prager Rede befasste sich insbesondere mit den Zielen des Bundes für und innerhalb der Europäischen Union.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Frage einzugehen:

- Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus der Prager Rede für Nordrhein-Westfalen?

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart**

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Prof. Dr. Andreas Pinkwart • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Ausschuss für Europa und Internationales
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-4435

E-Mail: andreas.pinkwart
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, Freitag, 30. September
2022

Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 21. Oktober 2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 21. Oktober 2022 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

„Schlussfolgerungen zur Rede ‘State of the Union’ für NRW“

Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen hat am 14. Sept 2022 die diesjährige Rede „State of the Union“ (SOTU) im Europaparlament gehalten. Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus der SOTU-Rede?
- Falls die Schlussfolgerungen noch erarbeitet werden: Wie entwickelt die Landesregierung ihre Schlussfolgerungen und für wann werden sie erwartet?

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Andreas Pinkwart



Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Prof. Dr. Andreas Pinkwart • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Ausschuss für Europa und Internationales
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-4435

E-Mail: andreas.pinkwart
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, Freitag, 30. September
2022

Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 21. Oktober 2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 21. Oktober 2022 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

„Wasserstoff: Wie kann die Landesregierung wichtige Industrieprojekte in Brüssel beschleunigen?“

Für den Ausbau der Wasserstoff-Technologien hat die Landesregierung neun Projekte bei der EU-Kommission vorgeschlagen als Projekte von gemeinsamen europäischen Interesse („important projects of common European interest“ IPCEI). In Brüssel werden diese Projekte aktuell geprüft und sollen dann notifiziert werden. Zudem gilt seit Januar 2022 die neue „Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen“ (KUEBILL), damit sollen die Verzerrungen für den Wettbewerb durch Subventionen minimiert werden.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie ist der Sachstand bei den neun IPCEI Projekte aus NRW im Prüfverfahren und der Notifizierung?
- Welchen Einfluss haben die „Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen“ auf die IPCEI Projekte aus NRW?
- Welche Möglichkeiten ergreift die Landesregierung, um die Verfahren zu beschleunigen?

Mit freundlichen Grüßen

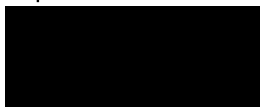
Prof. Dr. Andreas Pinkwart



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa & Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510
E-Mail: inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

6. Oktober 2022

**Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung
am 21. Oktober 2022**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgenden
Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 21. Oktober 2022:

**Was tut die Landesregierung, um die Ergebnisse der Konferenz über die
Zukunft Europas in NRW aufzugreifen?** Gehen Sie dabei bitte auch auf die
Frage ein, wie die Landesregierung in Zukunft dafür sorgen will, dass die
BürgerInnen NRWs Entwicklungen in der EU selbst aktiv mitgestalten können.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht sowie die
Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der
Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask, MdL

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

Terminplan 2023 - 1. Jahreshälfte -

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
Januar							1	sitzungsfrei
	2	3	4	5	6	7	8	Weihnachtsferien bis 06.01. sitzungsfrei
	9	10	11	12	13	14	15	Sitzungswoche
	16	17	18	19	20	21	22	20. Januar (Bedarftermin)
	23	24	25	26	27	28	29	Sitzungswoche
Februar	30	31	1	2	3	4	5	3. Februar
	6	7	8	9	10	11	12	Sitzungswoche
	13	14	15	16	17	18	19	sitzungsfrei
	20	21	22	23	24	25	26	sitzungsfrei
März	27	28	1	2	3	4	5	Sitzungswoche
	6	7	8	9	10	11	12	Sitzungswoche
	13	14	15	16	17	18	19	17. März
	20	21	22	23	24	25	26	Sitzungswoche
April	27	28	29	30	31	1	2	Sitzungswoche
	(3	4	5	6	7	8	9	Osterferien 03.04. - 15.04. sitzungsfrei
	10	11	12	13	14	15)	16	sitzungsfrei
	17	18	19	20	21	22	23	Sitzungswoche
	24	25	26	27	28	29	30	28. April
Mai	1	2	3	4	5	6	7	Sitzungswoche
	8	9	10	11	12	13	14	Sitzungswoche
	15	16	17	18	19	20	21	19. Mai
	22	23	24	25	26	27	28	Sitzungswoche
Juni	29	(30)	31	1	2	3	4	Pfingstferien 30.05. sitzungsfrei
	5	6	7	8	9	10	11	9. Juni (Bedarftermin)
	12	13	14	15	16	17	18	Sitzungswoche
	19	20	21	(22	23	24	25	Sitzungswoche
Juli	26	27	28	29	30	1	2	Sommerferien 22.06.-04.08. sitzungsfrei

Terminplan 2023 - 2. Jahreshälfte -

fett = Sitzungen,
gestrichelt = Bedarfstermine
☐ = Plenarsitzungstage
() = Schulferien
_ = Bundesrat

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
August	3	4	5	6	<u>7</u>	8	9	sitzungsfrei
	10	11	12	13	14	15	16	sitzungsfrei
	17	18	19	20	21	22	23	sitzungsfrei
	24	25	26	27	28	29	30	sitzungsfrei
	31	1	2	3	4)	5	6	sitzungsfrei
September	7	8	9	10	11	12	13	Sitzungswoche
	14	15	16	17	18	19	20	18. August
	21	22	☐ 23	☐ 24	☐ 25	26	27	Sitzungswoche
	28	29	30	31	1	2	3	Sitzungswoche
	4	5	6	7	8	9	10	8. September
Oktober	11	12	13	14	15	16	17	Sitzungswoche
	18	19	☐ 20	☐ 21	☐ 22	23	24	Sitzungswoche
	25	26	27	28	<u>29</u>	30	1	26. September, 13.30 Uhr (Bedarfstermin)
	(2	3	4	5	6	7	8	Herbstferien 02.10.-14.10. sitzungsfrei
	9	10	11	12	13	14)	15	Sitzungsfrei
November	16	17	18	19	<u>20</u>	21	22	Sitzungswoche
	23	24	☐ 25	☐ 26	☐ 27	28	29	Sitzungswoche
	30	31	1	2	3	4	5	3. November
	6	7	8	9	10	11	12	Sitzungswoche
	13	14	15	16	17	18	19	Sitzungswoche
Dezember	20	21	☐ 22	☐ 23	☐ 24	25	26	Sitzungswoche
	27	28	29	30	1	2	3	1. Dezember
	4	5	6	7	8	9	10	Sitzungswoche
	11	12	☐ 13	☐ 14	☐ 15	16	17	Sitzungswoche
	18	19	20	(21	22	23	24	Weihnachtsferien 21.12.-05.01. sitzungsfrei
Januar	25	26	27	28	29	30	31	sitzungsfrei
	1	2	3	4	5)	6	7	sitzungsfrei

FEIERTAGE 2023

1. Januar	Neujahr
7. April	Karfreitag
10. April	Ostermontag
1. Mai	Maifeiertag
18. Mai	Christi Himmelfahrt
29. Mai	Pfingstmontag
8. Juni	Fronleichnam
3. Oktober	Tag der Deutschen Einheit
1. November	Allerheiligen
25./26. Dezember	Weihnachten

SCHULFERIEN 2023

23.12.2022 bis 06.01.2023	Weihnachtsferien
03.04. bis 15.04.	Osterferien
30.05.	Pfingstferien
22.06. bis 04.08.	Sommerferien
02.10. bis 14.10.	Herbstferien
21.12.2023 bis 05.01.2024	Weihnachtsferien

BUNDESRAT 2023 (Plenarsitzungen)

10. Februar
3. März
31. März
12. Mai
16. Juni
7. Juli
29. September
20. Oktober
24. November
15. Dezember